

Thurgauer Zeitung 14.8.2014

Frühfranzösisch ist passé

Thurgauer Primarschüler sollen nicht mehr Französisch lernen müssen. Der Grosse Rat verbannt das Frühfranzösisch entgegen dem Willen des Regierungsrats an die Oberstufe. Die Kinder seien überfordert und der Nutzen zu klein.

SILVAN MEILE

FRAUENFELD. Der Grosse Rat hat sich am Mittwoch nach einer engagiert geführten Debatte für die Streichung des obligatorischen Französischunterrichts an den Primarschulen ausgesprochen. Mit 71 zu 49 Stimmen erklärte eine deutliche Mehrheit der Kantonsräte die Motion «Französisch erst auf der Sekundarstufe» für erheblich. Damit erteilten sie – trotz formeller Bedenken – dem Regierungsrat den Auftrag, eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten.

Regierungsrätin Monika Knill warnte vor einer «isolierten» Lösung des Thurgaus in dieser Diskussion, die in mehreren Deutschschweizer Kantonen ebenfalls geführt wird. Sie schlug eine individuelle Abwahlmöglichkeit des Frühfranzösisch für überforderte Primarschüler vor. Doch Knill rief vergeblich zur Ablehnung der Motion auf.

Geht es nach dem Willen der Motionäre, verschwindet somit das ab der fünften Klasse unterrichtete Französisch spätestens mit der Einführung des Lehrplans 21 vom obligatorischen Stundenplan der Thurgauer Mittelstufe. Nur noch als Freifach könnte sich der Französischunterricht im Primarschulzimmer halten. Der Englischunterricht ab der dritten Klasse bleibt unbestritten.

Welt- oder Landessprache?

Der Französischunterricht an den Primarschulen gehe zulasten wichtiger schulischer Grundlagen und überfordere viele Schüler, sagte Hanspeter Gantenbein (SVP, Wuppenau). Er vertrat als Redner die sechs Motionäre, die ihren Vorstoss bereits im Februar 2013 einreichten. Von der regierungsrätlichen Beantwortung der Motion zeigte sich Gantenbein enttäuscht. Ergebnisse aus Forschungen und Umfragen, die gegen Frühfranzösisch sprechen, blende der Bericht konsequent aus. Parteikollege und Mitmotionär Urs Schrepfer (SVP, Busswil) bemän-



Bild: Reto Martin

SVP-Kantonsrat Hanspeter Gantenbein vertrat als Redner die sechs Motionäre gegen das Frühfranzösisch.

gelte die fehlenden Vorschläge zur Umsetzung des Anliegens. Von der SVP konnte die Motion auf enorme Unterstützung zählen.

«Englisch ist die internationale Sprache, nicht Französisch», sagte Hanspeter Gantenbein schliesslich. In diesem Punkt widersprach ihm am Mittwoch an der Parlamentssitzung in Frauenfeld niemand. Dass aber die Landessprache Französisch von der fünften Klasse zu-

rück in die Sekundarschule verbannt wird, störte vor allem die Sozialdemokraten, die sich grossmehheitlich gegen die Motion stellten. «Das ist ein Affront gegen die Romandie», sagte Renate Bruggmann (SP, Kradolf). Nur weil eine Minderheit der Kinder mit Frühfranzösisch überfordert sei, müsse es nicht abgeschafft werden.

Unterstützung bekam die SP von der BDP. «Wo bleibt der vielbeschworene Zusammenhalt

der Schweiz?», fragte Roland A. Huber (BDP, Frauenfeld). Mit der expliziten Zurückstufung des Französischunterrichts provozieren die Motion und sende ein falsches Signal ins Land.

Auch der Bischofszellerin Helen Jordi, EDU/EVP-Sprecherin, lag die Landessprache am Herzen. Sie sprach sich im Namen ihrer Fraktion aufgrund der grossen Bedeutung der englischen Sprache trotzdem für die Motion aus.

Motion Bedenken über Rechtmässigkeit des Vorstosses

Verschiedene Politiker äussern rechtliche Bedenken. «Diese Motion verletzt die Gewaltentrennung massiv», sagte Ulrich Müller, CVP Weinfelden. Und Christian Koch, SP Matzingen,

merkte an: «Wir kippen einen Volksentscheid, ohne uns an die eigenen Gesetze zu halten.» Bereits der Regierungsrat hält in seiner Antwort fest, eine Motion könne eine Verfassungsvorschrift

oder ein Gesetz betreffen. Diese Voraussetzung sei aber hier nicht erfüllt, da der Fremdsprachenunterricht auf dem Gesamtsprachenkonzept TG basiere. (sme.)

KOMMENTAR

Kompromiss muss flexibler werden

Der Thurgau verabschiedet sich aus dem Fremdsprachenkompromiss für die Primarschulen. Dieser besagt, dass Primarschüler eine zweite Landessprache und Englisch lernen müssen. Die eine Fremdsprache ab der dritten, die andere ab der fünften Klasse. Nach dem Willen des Grossen Rats sollen Thurgauer Primarschüler aber nur noch Englisch lernen müssen.

Der Thurgau muss sich damit nicht zwingend in der Deutschschweiz isolieren. Der Entscheid könnte auch ein Signal für andere Kantone sein, wo ähnliche Vorstösse hängig sind.

Aufgabe der Thurgauer Erziehungsdirektorin Monika Knill ist nun, bei ihren Kolleginnen und Kollegen in den anderen Kantonen auf eine Anpassung des Sprachenkompromisses zu drängen. Denkbar wäre eine Flexibilisierung: Nicht mehr die Schulstufe, wo der Französischunterricht beginnt, wäre entscheidend, sondern die Fähigkeiten der Jugendlichen nach der dritten Sekundarschule. Wo kein Französisch in der Primarschule unterrichtet wird, muss es umso intensiver an der Sekundarschule vermittelt werden. Hier sind die Gegner des Frühfranzösisch im Thurgau in die Pflicht zu nehmen. Sie müssen jetzt Hand bieten für mehr Französischstunden an der Sekundarschule.

Zu hinterfragen ist der von den Frühfranzösisch-Gegnern propagierte freiwillige Französischunterricht an der Primarschule. Wer ihn besucht, wird Französisch besser beherrschen als die anderen. Das könnte bei der Berufswahl matchentscheidend sein. Damit würden Kinder bereits am Ende der vierten Klasse vor die Wahl gestellt, welchen Weg sie einschlagen wollen. Das kann nicht im Sinn jener sein, die sie vor Überforderung bewahren wollen.

Christof Widmer
christof.widmer@thurgauerzeitung.ch

Bundesrat Berset wartet mit Intervention ab

CHRISTOF WIDMER

FRAUENFELD. Enttäuscht über den Entscheid des Grossen Rats reagierte gestern Christoph Eymann, Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK). «Ich bedaure das», sagte der Erziehungsdirektor des Kantons Basel Stadt. Er respektiere aber die Souveränität der Kantone. Aus seiner Sicht gebe es am seit 2004 bestehenden Fremdsprachenkompromiss nichts zu ändern. Damals beschloss die EDK, dass Primarschüler eine Landessprache und Englisch lernen müssen – die erste Sprache ab der dritten, die zweite ab der fünften Klasse. Kantone nahe der Sprachgrenze setzen auf Französisch als erste Fremdsprache, Uri auf Italienisch, die anderen Kantone auf Englisch.

«Welschland reagiert sensibel»

«Ich sehe den Grund nicht, daran etwas zu ändern», sagt



Bild: ky/Peter Schneider

Christoph Eymann
Präsident Erziehungsdirektorenkonferenz

Eymann. Er könne den Eindruck, dass die Primarschüler mit zwei Fremdsprachen überfordert seien, nicht teilen. Zudem gehe es nicht nur um pädagogische Fragen, sondern auch um den Zusammenhalt der Schweiz. «Das Welschland reagiert sensibel», sagt Eymann.

Der Thurgau ist der erste Kanton, der ausdrücklich auf Französisch an der Primarschule verzichten will. Das Schaffhauser Kantonsparlament hat aber

ebenfalls einen Vorstoss überwiesen, wonach die Primarschüler nur eine Fremdsprache lernen sollen – welche bleibt offen. Noch in weiteren Kantonen sind Vorstösse gegen zwei Fremdsprachen an der Primarschule hängig.

Für Konferenz traktandiert

Auch EDK-Präsident Eymann stellt eine «Tendenz der Kantone in diese Richtung» fest. «Wenn noch weitere Kantone einen solchen Entscheid fällen, sind Probleme absehbar», sagt er. Sein Ziel ist es, einen Flickenteppich zu verhindern. «Wir wollen das in der EDK unaufgeregt angehen», sagt er.

Im September soll es an der Erziehungsdirektorenkonferenz eine Informationsdiskussion geben. Die Versammlung der Erziehungsdirektoren im Oktober werde sich dann schwerpunktmässig mit den Fremdsprachen an der Primarschule beschäfti-



Bild: ky/Urs Flüeler

Alain Berset
Bundesrat, Eidgenössisches Departement des Innern

gen, kündigt EDK-Präsident Eymann an.

Dabei will Eymann auch eine Konfrontation der Kantone mit dem Bund vermeiden. Bundesrat Alain Berset hat bereits im März angekündigt, dass für ihn die Abschaffung des Französischunterrichts an Deutschschweizer Primarschulen keine Option ist. Notfalls will er das Frühfranzösisch per Bundesgesetz durchsetzen. «Das wollen wir verhindern», sagt Eymann.

Die Kantone sollen das Problem selber lösen. «Bundesrat Berset hat aber aufgezeigt, was passieren könnte», sagt Eymann.

SP: Berset muss handeln

Die SP Thurgau fordert Berset bereits zum Handeln auf, wie sie gestern in einem Communiqué mitteilte. Der Innenminister sieht den Zeitpunkt zur Intervention aber noch nicht gekommen, wie gestern in seinem Departement zu erfahren war. Berset verfolge die Entwicklung aufmerksam, sagt seine Sprecherin Nicole Lamon. Der Thurgauer Grosse Rat habe nun eine Motion überwiesen. Es gebe noch keinen definitiven Entscheid. Nächstes Jahr ziehen die Kantone Bilanz, danach entscheide der Bundesrat über allfällige Massnahmen, sagt Lamon.

SVP-Nationalrätin Verena Herzog, als ehemalige Kantonsrätin Miturheberin der Motion, kündigt an, dass sie eine Einmi-

schung Bersets in den Fremdsprachenunterricht bekämpfen werde. «Die Volksschule ist Sache der Kantone.» Ziel müsse es sein, dass die Jugendlichen nach der Sekundarschule Deutsch und Französisch besser beherrschen. Das sei besser möglich, wenn die Französischstunden an der Primarschule abgeschafft und dafür der Unterricht an der Sekundarschule intensiviert werde.

Anzeige

Gesucht in Frauenfeld + Umgebung
Bauland evtl. m. Abbruchobjekt
Wir garantieren eine unkomplizierte und transparente Kaufabwicklung.

Ed. Vetter AG, Lommis
Urs Vetter, 052 369 45 44
urs.vetter@vetter.ch
seit mehr als 75 Jahren